

# Zwei Namen mit Sprengkraft

Ein Schweizer Nazi soll 1970 für den PLO-Deal einen militanten Palästinenser vermittelt haben

Von offizieller Seite wird bestritten, dass 1970 unter der Ägide von Bundesrat Pierre Graber ein Stillhalteabkommen mit dem PLO-Aussenbeauftragten Farouk Kaddoumi abgeschlossen wurde. Derweil bringen neue Recherchen der NZZ brisante Namen ins Spiel: den berühmten Alt-Nazi François Genoud und den palästinensischen Emissär Fuad Shamali, der später eine führende Rolle bei der militanten Organisation «Schwarzer September» spielte.

MARCEL GYR

Als die NZZ Anfang Jahr berichtete, dass die Schweiz unter Federführung von Bundesrat Pierre Graber 1970 mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ein geheimes Stillhalteabkommen abgeschlossen habe, führte das zu einer heftigen Kontroverse. Unter Leitung des Aussendepartements berief der Bundesrat einen Untersuchungsausschuss ein: die Interdepartementale Arbeitsgruppe 1970 (IDA). Mitte Februar nahm diese ihre Arbeit auf, Anfang Mai legte sie ihr Resultat in Form eines umfangreichen Schlussberichts vor: Nach der Prüfung von nahezu 400 Dossiers – aber keiner mündlichen Befragung – kam die IDA zu einem unmissverständlichen Fazit: «Es gab im September 1970 in Genf kein geheimes Abkommen zwischen Farouk Kaddoumi und einem oder mehreren Vertretern der Schweiz.»

## Ein ominöses Interview

Trotz diesem klaren Verdikt finden sich in den über 300 Seiten des Schlussberichts mehrere Spuren, die zu verfolgen sich lohnt. Sie führen mehrheitlich ins Jahr 1970, als sich die Schweiz einer Serie von palästinensischen Attentaten ausgesetzt sah. Dazu gehörte der Bombenanschlag auf ein Flugzeug der Swissair, bei dem im Februar 1970 in Würtenlingen alle 47 Insassen getötet wurden. Im September 1970 entführten palästinensische Luftpiraten ein weiteres Flugzeug der Swissair nach Zerqa in Jordanien. In wochenlangen Verhandlungen erpressten die Geiselnnehmer die Freilassung von drei palästinensischen Gefangenen, die im Jahr zuvor in Kloten ein Flugzeug der El Al gestürmt und den israelischen Piloten erschossen hatten.

In dieser für die Schweiz einzigartigen Bedrohungslage streckte Bundesrat Pierre Graber seine Fühler aus. Er wandte sich an seinen Parteigenossen Jean Ziegler, der damals schon exzellente Beziehungen zu den Palästinensern hatte. Schliesslich – und hier kommt die NZZ zu einem anderen Schluss als die IDA – wurde der spätere PLO-Aussenbeauftragte Farouk Kaddoumi nach

Genf gerufen, wo er mit einer Delegation aus Bern per Handschlag eine simple Übereinkunft abschloss: Die palästinensische Seite stellte in Aussicht, die Schweiz mit weiteren Anschlägen zu verschonen; im Gegenzug sicherte die Schweiz der PLO Unterstützung auf dem diplomatischen Parkett zu, insbesondere mit der Eröffnung eines Büros am Uno-Sitz in Genf.

Weitere Recherchen der NZZ führen nun zum Schluss, dass der Deal mit Kaddoumi im Herbst 1970 nicht der Abschluss der Verhandlungen war, sondern vielmehr der Auftakt. Ein neuer Name kommt ins Spiel: Der palästinensische Emissär Fuad Shamali soll die geheimen Detailberatungen zu Ende geführt haben. Shamali wird im Schlussbericht der Arbeitsgruppe als Vertreter der Fatah in der Schweiz erwähnt. Bei ihr handelt es sich um die grösste Faktion der PLO. Mitbegründer der Fatah ist Farouk Kaddoumi. Ende 1970 kam es vermutlich zur mündlichen Übereinkunft, später erlag Shamali im Kantonsspital Genf einem Krebsleiden.

Wenige Tage nach dem geheimen Stillhalteabkommen, am Abend des 12. Januar 1971, sprach ein Berner Notar namens Hans Ellenberger – auf dringlichen Wunsch – bei einem hohen Beamten des Aussendepartements vor. Ellenberger führte sich als Präsident der schweizerisch-arabischen Gesellschaft ein. Seine Vorsprache wird im Schlussbericht der Arbeitsgruppe wie folgt zusammengefasst: Ellenberger habe «eine Art Deal im Sinne von weniger Terror gegen die Eröffnung eines Büros in Genf» angeboten.

Dieser Wortlaut lässt aufhorchen, entspricht er doch exakt jenem Stillhalteabkommen, das die NZZ beschrieben hat. Doch die Arbeitsgruppe argumentiert, der «unterbreitete Vorschlag eines Deals bezog sich auf keinen vorigen Deal dieser Art». Zudem sei die Anregung bei den zuständigen Behörden auf Widerstand gestossen. Damit ist das Thema im Schlussbericht der IDA bereits wieder vom Tisch.

Eine weitere Spur im Schlussbericht führt ins Jahr 1982. Damals sprach plötzlich jemand in aller Öffentlichkeit von



Fuad Shamali 1970 im Westschweizer Fernsehen – das Interview gab er anonym als Sprecher der Fatah.

RTS RADIO TÉLÉVISION SUISSE

Es gibt einen Zeitzeugen, der die Schlüsselrolle Shamalis bestätigt.

## Franz Blankarts Abreise

–yr. · Während der Debatte um den Geheimdeal mit der PLO meldete sich auch Franz Blankart zu Wort. Im Februar 2016 sagte der frühere Spitzendiplomat gegenüber dem «Tages-Anzeiger», für ihn klinge das erfunden. Es könne nicht sein, dass es von etwas so Wichtigem nichts Schriftliches gebe. Und selbst für den Fall, dass nichts protokolliert worden wäre: Er hätte von einem solchen Abkommen gewusst – Blankart war 1970 persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Pierre Graber. Doch wie aus dem Schlussbericht der Arbeitsgruppe hervorgeht, verliess Blankart Bern bereits am 22. September 1970. «Départ Blankart», zitiert die Arbeitsgruppe aus Grabers Agenda. Laut eigenen Angaben wechselte Blankart damals nach Brüssel.

einem mündlichen Abkommen zwischen der Schweiz und arabischen Untergrundorganisationen. Es war der französische Anwalt Jacques Vergès. Ihn kennt man auch als «avocat du diable», weil er in seiner illustren Laufbahn Terroristen, Despoten oder Nazi-Kriegsverbrecher verteidigt hat.

1982 vertrat Maître Vergès den Schweizer Bruno Breguet. Dieser sah sich damals als palästinensischer Kämpfer, mit fünf Kilogramm Sprengstoff im Auto wurde der Tessiner Revolutionär Mitte Februar 1982 in Paris verhaftet. Rund einen Monat später erschien im Westschweizer Magazin «L'Hebdo» ein Interview mit Jacques Vergès. Im Laufe des Gesprächs warf der Anwalt ein, es gebe ein nichtschriftliches Abkommen zwischen den Schweizer Behörden und einer gewissen Anzahl arabischer und israelischer Organisationen. Darauf basierend würden diese Organisationen keine Attentate in der Schweiz begehen. «Bei Einhaltung dieser Bedingung drücken die Behörden bei kleineren Vergehen beide Augen zu», schloss Maître Vergès seinen Exkurs.

Mitte Juni 1982 wird unter dem Titel «Untergrundorganisationen – Abkommen mit der Schweiz» im Nationalrat

eine kleine Anfrage eingereicht. Mit Verweis auf das Interview in «L'Hebdo» wird der Bundesrat gefragt, ob er die Existenz eines solchen Abkommens bestätige oder verneine. Fast drei Monate später lag die Antwort vor. Was die Schweiz anbelange, entbehre die Behauptung von Maître Vergès jeglicher Grundlage. Der Bundesrat versicherte, dass keinerlei Übereinkunft dieser Art zwischen der Schweiz und welcher Organisation auch immer abgeschlossen worden sei.

## Immer wieder François Genoud

Ohne ersichtlichen Grund weist die Arbeitsgruppe in ihrem Schlussbericht noch darauf hin, dass die damalige Antwort des Bundesrats von der Bundesanwaltschaft vorbereitet worden sei und weder durch das Aussendepartement noch durch ein anderes Departement Änderungen erfahren habe. Für die Arbeitsgruppe ist damit auch dieser Einwurf erledigt.

Wie aber kam Vergès 1982 scheinbar aus heiterem Himmel zur Behauptung, die Schweiz habe mit Untergrundorganisationen aus dem Nahen Osten eine nichtschriftliche Übereinkunft abgeschlossen?

Vielleicht liefern bei der Spurensuche Jacques Vergès' enge persönliche Verbindungen mit François Genoud eine mögliche Erklärung. Der äusserst schillernde Westschweizer, der zeitlebens ein bekennender Nazi war, diente als Bankier bereits der algerischen Unabhängigkeitsbewegung. Dort lernte er den jungen Advokaten Vergès kennen. Ende der 1960er Jahre führte Genoud seinen finanziellen Support fliessend in den palästinensischen Befreiungskampf über. Hier fand er einen gemeinsamen Feind: Israel – und einen alten Bekannten: Maître Vergès.

So holte Genoud 1969 den späteren französischen Staranwalt in die Schweiz. Im Strafverfahren gegen die drei überlebenden palästinensischen El-Al-Attentäter vom Flughafen Zürich sollte Vergès die amtliche Verteidigung unterstützen. Einige Jahre später, nach der Verhaftung Breguets in Paris, erinnerte



An der Beisetzung Shamalis im August 1972 nahmen in Beirut Tausende Anhänger teil.



Todesanzeige für Fuad Shamali.

sich Genoud an Vergès und stellte ihn dem Schweizer Terroristen zur Seite. In diesem Kontext also sprach Maître Vergès 1982 im Interview mit «L'Hebdo» vom mündlichen Abkommen zwischen der Schweiz und nahöstlichen Gruppierungen.

Somit stellen sich zwei Fragen: Hatte Genoud Kenntnis vom Deal der Schweiz mit den Palästinensern? Und hat er diesen Deal seinem langjährigen Weggefährten Vergès anvertraut?

Die erste Frage wird von Illich Ramírez Sánchez, besser bekannt als «Carlos», klar bejaht. Der inzwischen 67-jährige Venezolaner, der in Frankreich wegen mehrerer Morde zweimal zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, sitzt seine Strafe in einem Gefängnis in der Nähe von Paris ab. Über seinen Zürcher Anwalt Marcel Bosonnet gelang es der NZZ Anfang März 2016, mit ihm ein längeres Telefoninterview zu führen.

In diesem Gespräch sagte «Carlos», als Fedayin, also als palästinensischer Kämpfer, habe er sich in der Schweiz protegiert gefühlt, er habe sich hier in den 1970er Jahren frei bewegen können. Das gehe auf einen Deal zurück, der im

## 7 wichtige Figuren

■ **Pierre Graber:** Bundesrat, Vorsteher des Aussendepartements.

■ **Farouk Kaddoumi:** palästinensischer Diplomat, Aussenbeauftragter PLO.

■ **Jean Ziegler:** Vermittler zwischen Bundesrat Graber und Kaddoumi.

■ **Fuad Shamali:** Vertreter der Fatah in der Schweiz, Verhandlungspartner.

■ **Pierre Micheli:** Generalsekretär im Aussendepartement.

■ **François Genoud:** Rechtsextremer Bankier, pflegte enge Kontakte zu Palästinensern.

■ **Hans Ellenberger:** Advokat, Rechtsvertreter von Shamali.

Anschluss an Farouk Kaddoumis Handlung in Genf ausgehandelt worden sei. Als Nachfolger Kaddoumis, den «Carlos» als braven Diplomaten bezeichnet, habe sich der Vertreter einer operativ tätigen Kommando-Gruppe an den Verhandlungstisch gesetzt – der genannte Fuad Shamali. Den Kontakt mit den Schweizer Behörden hergestellt habe damals François Genoud.

Immer gemäss «Carlos» Worten wusste Genoud also nicht nur vom Deal, sondern war sogar wesentlich an dessen Zustandekommen beteiligt. Dass Rechtsanwalt Vergès im Interview mit «L'Hebdo» von einem mündlichen Deal der Schweiz mit nahöstlichen Untergrundorganisationen spricht, kann deshalb nicht mehr erstaunen.

Doch wer genau war dieser Fuad Shamali? Und ist es plausibel, dass er mit der Schweiz verhandelt hat? Die eingesehenen Dossiers im Bundesarchiv enthalten nichts, was gegen diese These spricht – ganz im Gegenteil. Und es gibt einen Zeitzeugen, der die Schlüsselrolle Shamalis bestätigt: Jean Ziegler. «Ja, es ist richtig, Shamali hat die Details der Übereinkunft ausgehandelt», sagt Ziegler gegenüber der NZZ. «Aber im Hin-

tergrund war es weiterhin Farouk Kaddoumi, der die Fäden zusammenhielt.» Als Verhandlungspartner auf Schweizer Seite vermutet Ziegler den Genfer Diplomat Pierre Micheli, der damals Generalsekretär im Aussendepartement war. Micheli galt als enger Vertrauter von Bundesrat Graber, Ende 1970 ging er in Pension. Micheli starb 1989 in Genf. Schriftliche Belege für sein Verhandlungsmandat liegen keine vor, Ziegler ist derzeit die einzige mündliche Quelle.

### Wer stoppte die Überwachung?

Dreizehn beidseitig eng beschriftete Karteikarten umfasst die Personenfiche, welche die schweizerische Bundespolizei über Fuad Shamali angelegt hat. Die Schreibweise hier lautet «Fouad» oder «Foad El Shamali». Der Fiche ist zu entnehmen, dass Shamali 1935 in Libanon geboren wurde, wo er sich 1961 an einem Staatsstreich beteiligte. Nach dessen Scheitern flüchtete er nach Jordanien, bald verfügte er über einen jordanischen Pass.

Der erste Eintrag in seiner Fiche datiert vom 22. August 1968; es ist eine harmlose Meldung der Fremdenpolizei. Mitte der 1960er Jahre studierte Shamali in Paris, ab 1968 verkehrte er oft in Genf, wo seine Ehefrau als Übersetzerin für die saudiarabische Uno-Mission arbeitete. Shamali pflegte enge Kontakte zum Unterstützungskomitee Schweiz-Palästina (Comité suisse de soutien au peuple palestinien). Am 15. Dezember 1968 meldete die Kantonspolizei Genf an die Bundespolizei nach Bern: Shamali sei krank und werde nach Angaben der Ärzte vermutlich nie mehr ganz gesund.

Shamali litt an Leukämie. Er liess sich regelmässig in der Schweiz behandeln, in Genf und in Lausanne. Doch Shamali sei offensichtlich nicht so krank, wie er vorgebe, und er sei politisch aktiv in unserem Land, trug ein Sachbearbeiter in die Fiche ein.

Ab Mitte Juli 1969 wurde Shamali telefonisch überwacht. «An GD-PTT Anhebung TK gg. S. und Gattin» hiess das im Fachjargon. Eine erste Auswertung dieser Telefonüberwachung ergab «sehr zahlreiche Kontakte mit Genoud François». Noch etwas präziser spiegelt sich das in Genouds eigener Fiche – in der jenes Mannes also, der Shamali später offenbar den Schweizer Behörden empfehlen wird: Ab dem 17. Juli 1969 sei mit Fuad Shamali eine neue Persönlichkeit am Horizont aufgetaucht, zitiert Genouds Biograf aus dessen Fiche. Es sei eine freundschaftliche Beziehung zwischen Genoud und dem Ehepaar Shamali entstanden.

Am 24. Februar 1970, wenige Tage nach dem Bombenanschlag auf ein Swissair-Flugzeug in Würenlingen, eröffnete die Bundesanwaltschaft eine Einreiseperrre gegen Shamali. Rund einen Monat später traf beim Beschwerdedienst des Justizdepartements ein Rekurs dagegen ein. Der Absender des Rekurses war Dr. Hans Ellenberger, Fürsprecher und Notar, mit Adresse an der Aarbergstrasse 46 in Bern.

Shamalis Anwalt war also jener Notar, der am Abend des 12. Januar 1971 beim Aussendepartement vorsprechen und die Eröffnung eines Genfer PLO-Büros vorschlagen wird – und dafür weniger Terror in Aussicht stellt.

Wobei der originale Wortlaut von Ellenbergers Vorstoss gegenüber der Fassung im Schlussbericht eine interes-

sante Differenz aufweist: Laut Aktennotiz bezeichnete Ellenberger nicht, wie das Arbeitsgruppe kolportiert, die PLO als Absender des Vorschlags – sondern er nannte die Fatah.

Bereits am 27. April 1970 hatte das Justizdepartement Ellenbergers Rekurs in Sachen des Fatah-Vertreters Shamali gutgeheissen. Diesem wurde ein sogenanntes «sauf-conduit» ausgestellt, eine Art Passierschein, mit dem er in die Schweiz einreisen konnte. Das Papier ermöglichte dem krebserkrankten Jordanier, sich in Genf und in Lausanne behandeln zu lassen. Dieses Prozedere sollte sich in den folgenden zwei Jahren über ein Dutzend Mal wiederholen: Rechtsanwalt Ellenberger beantragte für Shamali ein «sauf-conduit», das ihm jedes Mal bewilligt wurde, manchmal noch am selben Tag.

Am 19. August 1970 wurde die Telefonüberwachung von Shamali per sofort aufgehoben. Die Gründe, die seinerzeit zur Eröffnung der Telefonkontrolle geführt hätten, seien mittlerweile durch

### Am 19. August 1970 wurde die Telefonüberwachung Shamalis per sofort aufgehoben.

Shamalis Krankheit hinfällig geworden, vermerkte der Sachbearbeiter der Bundespolizei. Das tönt wenig stichhaltig. Ein Blick in das zugehörige Dossier, in dem die jeweiligen Aktenstücke eines Ficheneintrags abgelegt sind, zeigt: Die Anordnung zur Aufhebung der Telefonüberwachung für Shamali und dessen Ehefrau kam von der Bundesanwaltschaft. Unterzeichnet war sie vom Chef der Bundespolizei, Gründe werden keine genannt.

Es ist deshalb nicht bekannt, was die Bundesanwaltschaft dazu bewogen hat, die Telefonüberwachung aufzuheben. Anderes aber ist sehr wohl bekannt: Im Sommer 1970 fühlte sich die Schweiz stark bedroht von palästinensischen Anschlägen. «Dass die Behörden, die noch stark unter dem Eindruck des Flugzeugabsturzes von Würenlingen standen, vor diesem Hintergrund Massnahmen erwoogen und möglicherweise Kontakte suchten, ist an sich nicht erstaunlich», schreibt die Arbeitsgruppe in ihrem Schlussbericht.

Ob die Behörden in jenen bedrohlichen Tagen im Sommer 1970 auch Kontakt zu Fuad Shamali suchten, ist nicht belegt. Belegt ist aber, dass Shamali den Behörden durchaus bekannt war. Als Grabers Departement im Januar 1971 die Eröffnung des Genfer PLO-Büros auf Tapet brachte, wandte Bundespolizei-Chef André Amstein ein, ein solches Büro dürfe nicht überschätzt werden. Die Schweiz habe bereits einen Fatah-Vertreter gehabt, Fuad Shamali, der habe mehr geschadet als genutzt: trotz seiner Anwesenheit sei ein Swissair-Flugzeug abgestürzt. Damit muss Amstein den Bombenanschlag von Würenlingen im Februar 1970 gemeint haben. Das Aussendepartement liess sich von seinem Einwand nicht davon abhalten, das Projekt des Genfer PLO-Büros voranzutreiben. Andererseits erscheint es umso rätselhafter, dass ausgerechnet der skeptische Bundespolizei-Chef im August 1970 Shamalis Telefonüberwachung aufhob.

Allerdings war die Bundesanwaltschaft inklusive Bundespolizei damals keine eigenständige Abteilung, sondern sie stand unter Aufsicht und Leitung des Bundesrats. Oder wie sich Franz Blankart, in jenen Tagen persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Graber, in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» in Bezug auf den Bundesanwalt ausdrückte: «Die Spielregeln waren klar: Ein Beamter tut, was sein Chef befiehlt.»

In dieser Logik hätte also der Bundesrat via die Bundesanwaltschaft die Aufhebung der Telefonkontrolle für Shamali befohlen.

Soweit sich das anhand seiner Fiche rekonstruieren lässt, hielt sich Shamali in der zweiten Jahreshälfte 1970 zumeist in der Schweiz auf, in erster Linie zur Be-

handlung seiner Krebserkrankung. Eine Ausreise erfolgte erst wieder am 19. März 1971. Rund anderthalb Jahre später, am 3. August 1972, erlag Fuad Shamali, im Alter von erst 36 Jahren, im Kantonsspital Genf der Krankheit.

Von seinem Tod scheint die Bundespolizei aus der Zeitung erfahren zu haben. Jedenfalls findet sich dazu in der Fiche erst am 6. August 1972 eine Notiz, mit Verweis auf die welsche Tageszeitung «Tribune de Lausanne». Der Titel der Zeitungsmeldung lautet: «Hinschied des Leaders der Organisation Schwarzer September».

Der «Schwarze September» hatte sich nach dem vom jordanischen König Hussein blutig niedergeschlagenen Aufstand der Palästinenser im September 1970 gebildet. Die Organisation war selbst für Fachleute schwierig zu fassen, gemeinhin wurde sie als militante Abspaltung der Fatah bezeichnet. Im erwähnten Zeitungsartikel wurde aus einem Communiqué der Fatah zitiert, in dem es hiess, Shamali sei das Gehirn der Organisation «Schwarzer September» gewesen. In einem weiteren Ficheneintrag heisst es, nach dem Hinschied Shamalis habe die Organisation «Schwarzer September» selber die Information verbreitet, mit dem Tod dieses Mannes habe sie einen ihrer verdienstvollsten Chefs verloren.

Auch das Schweizer Fernsehen griff das Thema auf. Unter dem Titel «Schwarzer September – Politik des Terrors» strahlte die «Rundschau» 1973 eine Dokumentation der BBC aus. Darin spielt Fuad Shamali eine Schlüsselrolle. Im Filmbeitrag sind Bilder von seiner Beisetzung in Libanon zu sehen. Mehrere tausend Menschen nahmen am Trauerzug teil.

In einer ägyptischen Zeitung soll Fuad Shamali kurz vor seinem Tod ein Interview gegeben haben. Die BBC zitiert daraus wie folgt: «Wir müssen sie an ihren schwachen Punkten treffen (...). Da es schwierig ist, Staatsmänner zu töten, müssen wir Künstler und Sportler töten.»

Am 5. September 1972 drang eine Kommando-Gruppe des «Schwarzen September» ins olympische Dorf in München ein. Elf israelische Sportler und Funktionäre wurden als Geiseln genommen. Alle Geiseln kamen im Laufe des Kidnappings ums Leben. Eine libanesische Zeitung feierte Shamali später als «héros du Munich», als «Helden von München». Das Gerücht hielt sich hartnäckig, der Fatah-Vertreter in der Schweiz sei an den Vorbereitungen des Olympia-Attentats beteiligt gewesen.

### «München» als Wendepunkt?

Falls Shamali Ende 1970 mit der Schweiz tatsächlich ein Stillhalteabkommen ausgehandelt hat, wie das «Carlos» geltend macht, stellt sich eine letzte Frage: Wieso bestätigt Jean Ziegler diesen Sachverhalt erst, nachdem ihn die NZZ kürzlich damit konfrontiert hat? Wieso hat Ziegler von der angeblichen Schlüsselrolle Shamalis nicht schon früher erzählt?

Die Antwort Zieglers bleibt vage. Eine entscheidende Rolle dürfte spielen, dass Shamali auch einen engen Kontakt zum bekennenden Nazi und Israel-Feind François Genoud pflegte. Für Ziegler, der noch immer im Beirat des Uno-Menschenrechtsrates sitzt, bedeutet das politisch explosives Terrain.

Vor einem ähnlichen Problem könnten Bundesrat Pierre Graber und sein Departement gestanden haben. 1970 mochte es angesichts der Bedrohungslage opportun gewesen sein, mit einem Vertreter der Fatah in Kontakt zu treten, zumal wenn er als friedfertiger Kämpfer für die palästinensische Sache empfohlen wurde. Das änderte sich nach Shamalis Tod schlagartig. Von da an galt er als führendes Mitglied des «Schwarzen September», das für das Olympia-Attentat von München mitverantwortlich sein soll.

Es würde deshalb nicht erstaunen, wenn Shamali und das von ihm mutmasslich ausgehandelte Stillhalteabkommen ab Herbst 1972 zu absoluten Tabus geworden wären. Das könnte eine Erklärung sein, wieso der mündliche Deal von den Behörden bis heute geheim gehalten wird. Bei diesen Überlegungen handelt es sich wohlgerne um eine Hypothese; schriftliche Belege liegen derzeit keine vor.

Am Freitag folgt ein weiterer Artikel zum Thema: «Wer ist Khaled?»

## Positives Feedback aus Geheimdienstkreisen

Der PLO-Geheimdeal hat auch die Vereinigung Schweizerischer Nachrichtendienstoffiziere (VSN) beschäftigt. In ihrem Bulletin rezensierte sie im Oktober 2016 das Buch «Schweizer Terrorjahre». In dieser Besprechung wird festgestellt, der Buchautor habe sorgfältig recherchiert und er könne seine These durch Gespräche mit Zeitzeugen plausibel untermauern. «Auch wenn letztendlich der Beweis für den Deal nie wird erbracht werden können, da es darüber keine Aufzeichnungen gibt», heisst es im Publikationsorgan des Geheimdienst-Kaders. Dem VSN gehören aktive und ehemalige Nachrichtendienstoffiziere an.

Zuvor hatte ein Historikerkollektiv um Sacha Zala, den Direktor der unabhängigen Forschungsstelle Dodis (Diplomatische Dokumente der Schweiz),

ebenso wenig einen schriftlichen Hinweis für den auf September 1970 terminierten Geheimdeal gefunden wie die Arbeitsgruppe IDA 1970 des Bundes.

Nach zusätzlichen Recherchen der NZZ ergeben sich gewisse Retuschen gegenüber dem in «Schweizer Terrorjahre» geschilderten Ablauf. Die Federführung für die Verhandlungen mit den Palästinensern lag, wie im Buch geschildert, bei Bundesrat Pierre Graber. Bundesanwalt Hans Walder und André Amstein, der damalige Bundespolizei-Chef, waren zwar ebenfalls früh in das Projekt involviert. Doch ihre Rolle war vermutlich passiver, als im Buch dargelegt. Die Bundesanwaltschaft inklusive Bundespolizei war 1970, anders als heute, noch kein eigenständiges Organ. Vielmehr stand der Bundesanwalt damals

unter der Leitung des Bundesrats. Insbesondere Amstein meldete wiederholt Bedenken gegen die Eröffnung eines PLO-Büros in Genf an. Er dürfte sich aber jeweils «zähneknirschend» den Anordnungen aus Grabers Departement gefügt haben. Bundesrat Ludwig von Moos, der als Vorsteher des Justizdepartements formell verantwortlich war für die Bundesanwaltschaft, spielte real eine untergeordnete Rolle.

Eine zweite Retusche betrifft das Zeitfenster. Dieses beschränkt sich nicht auf September 1970, wie es im Buch eingegrenzt wird. Vielmehr begann die Kontaktaufnahme mit palästinensischen Emissären bereits im Sommer 1970. Die Verhandlungen dürften sich in der Folge bis Ende 1970, allenfalls bis in die ersten Tage des Jahres 1971, erstreckt haben.